

Meldungen

zusammengestellt von Georg Amshoff und Dirk Geilen

Laxman neuer BJP-Präsident

Mit einer Überraschung endete der Beschluß der BJP-Führung, Bangaru Laxman als Parteipräsidenten und Nachfolger Kushabhau Thakres zu nominieren. Der 61-jährige Laxman wurde auf einem nationalen Parteikongreß am 27. August in Nagpur offiziell als neuer BJP-Präsident bestätigt. Er ist somit der erste Dalit und Sünder, der das höchste Amt der Regierungspartei bekleidet. Der in Hyderabad geborene Laxman durchlief - ähnlich wie andere BJP-Führer - von Kindesbeinen an eine Laufbahn innerhalb der radikalen Hinduorganisation 'Rashtriya Swayamsevak Sangh' (RSS). Für die BJP und ihre Vorläuferpartei ist er seit Ende der 60er Jahre politisch aktiv und bekleidete verschiedene Parteiämter. Bis zu seiner Wahl war er als Staatsminister der Eisenbahn in der Regierung Vajpayee tätig.

Die Top-Führer der Partei einigten sich nach Wochen zäher innerparteilicher Debatte auf den Kandidaten Laxman, da dieser die von ihnen geforderten Voraussetzungen "Dalit" und "Sünder" erfüllt. Mit seiner Wahl vollzieht die Partei somit einen symbolischen Wandel weg von einer bisher ausschließlich von Brahmanen aus dem Norden des Landes dominierten Partei. Sie trägt damit auch dem in den letzten Jahren gewachsenen Einfluß aus dem Süden Rechnung. Gleichzeitig versucht sie durch die Erweiterung ihrer sozialen Basis ihre bisherigen wahltaktischen Nachteile auszugleichen und unter Niedrigkastigen, Dalits, Adivasi und Muslimen ungenutztes Wählerpotential auszuschnöpfen. Bei seiner Antrittsrede unterstrich Laxman - gestützt auf ein vorgelegtes Zehn-Punkte-Programm - die Notwendigkeit, die soziale Gerechtigkeit im Land voranzutreiben. Überraschend war seine Ankündigung, in seiner Amtszeit die bestehende Kluft zwischen BJP und den Muslimen des Landes zu verringern. Obwohl Laxman in Zukunft den höchsten Posten der Regierungspartei innehat, dürften wichtige Entscheidungen aber nur in Absprache mit dem engsten Führungszirkel um Vajpayee, Advani und Joshi getroffen werden.

Baubeginn des Ayodhya-Tempels 2001

Wie die liberale nationale Tageszeitung 'The Hindu' in ihrer Ausgabe vom

28. August berichtet, soll nach Darstellung des internationalen Generalsekretärs der 'Vishwa Hindu Parishad' (VHP) mit dem Bau des Ram-Tempels in Ayodhya im April nächsten Jahres begonnen werden. Nach Aussage Praveen Togadias seien dann alle für die erste Bauphase benötigten Pfeiler fertiggestellt. Die VHP hat mit der Bauplanung die fortwährenden Provokationen um einen Tempel-Neubau in Ayodhya vorangetrieben. Angesprochen auf die moderaten Töne des neuen BJP-Präsidenten antwortete der VHP-Führer, daß die BJP offenbar das öffentliche Interesse dieses Themas unterschätze und dafür einen hohen Preis zu zahlen hätte.

Im Dezember 1992 war es in Ayodhya zum Höhepunkt einer monatelangen hinduextremistischen Agitation gekommen, als hunderttausende fanatisierter Anhänger die Babri-Moschee zerstörten. In der Folge kam es vor allem in Mumbai zu Ausschreitungen gegen die muslimische Minderheit. Schlüsselfigur der Ayodhya-Propaganda war der jetzige Innenminister Advani, der sich für die Ereignisse noch vor Gericht verantworten soll.

Kashmir: Trotz Terror Hoffnung auf Entspannung

Trotz der seit einigen Wochen mit un- verminderter Intensität vorgetragenen Terroranschläge muslimischer Extremisten, hat die Ende Juli bekundete Gesprächsbereitschaft der größten Untergrundorganisation 'Hizbul Mujhideen' (Hizb) Hoffnungen auf einen Friedensdialog mit der Unionsregierung in Delhi geweckt. Hinter diesem Schritt vermutet man von indischer Seite den Einfluß der pakistanischen Regierung, der durch die Ereignisse des letzten Jahres und dem ausgeübten internationalen Druck an einer Entspannung der Situation in Kashmir gelegen ist. Die pro-pakistanische Hizb untermauerte ihr Angebot mit der Verkündung eines einseitigen, dreimonatigen Waffenstillstands. Die indische Regierung ihrerseits begrüßte die Erklärung und zeigte sich dialogbereit. Obwohl das Scheitern der Vorgespräche bereits am 8. August bekanntgegeben wurde, wiederholte die Hizb wenige Tage später ihr Angebot.

Eine andere in jüngster Zeit an Einfluß gewinnende Terrororganisation, die 'Lashkar-e-Taiba', versuchte unmittelbar die sich anbahnenden Entspannungs- bemühen zu torpedieren. Als Reaktion

auf den von der Hizb verkündeten Waffenstillstand, ermordete sie am 1. August bei vier verschiedenen Massakern über 100 Menschen. Dabei töteten sie bei einem Granatanschlag und einem anschließenden Feuergefecht im rund 100 Kilometer südlich von Srinagar gelegenen Pahalgam über 30 Hindu-Pilger, mehr als 50 wurden verletzt. In Srinagar kam es im August zu mehreren Bombendetonationen, wobei mehr als zehn Menschen getötet wurden.

Bereits am 20. Juli war die Unionsregierung in Delhi gezwungen, sich mit den politischen Realitäten Kashmirs auseinanderzusetzen. Das Landesparlament in Srinagar hatte unter ihrem Chefminister Farooq Abdullah eine Autonomie-Resolution verabschiedet. Diese forderte von Delhi nicht mehr und nicht weniger, als die seinerzeit zwischen Nehru und Farooq Abdullahs Vater, Sheikh Abdullah, ausgehandelte und in der Verfassung verankerte Sonderrolle Kashmirs sicherzustellen. In dieser war vorgesehen, daß Srinagar mit Ausnahme der Bereiche Außenpolitik und Verteidigung Selbstbestimmungsrecht genießt. Aufgrund der historischen Ereignisse trat diese Autonomie so jedoch nie in Kraft. Im Gegenteil: Sie wurde nach und nach ausgehöhlt und die Spannungen zwischen Delhi und Srinagar kulminierten schließlich in dem nun seit zehn Jahren andauernden bewaffneten Konflikt.

Hauptgrund für Farooq Abdullahs überraschenden Schritt dürfte sicherlich die Befürchtung gewesen sein, als Akteur in den Friedensbemühungen an den Rand gedrängt zu werden. So sucht die Unionsregierung nicht zuletzt durch den internationalen und vor allem US-amerikanischen Druck den Dialog mit der 'Hurriyat Conference'. Dieser Dachverband islamischer und sezessionistischer Parteien ist der politisch ernstzunehmendste Konkurrent von Farooq Abdullahs 'National Conference'. Zugleich mußte er sich den Vorwurf gefallen lassen, als Koalitionspartner in Delhi Helfershelfer der BJP zu sein. Zunächst einmal ging sein Konzept auf: Nachdem er zunächst als Landesverräter beschimpft wurde, hat sich Delhi besonnen und Farooq Abdullah Gesprächsbereitschaft signalisiert.

Reaktion auf Massaker in Kashmir

Als Reaktion auf die Massaker militanter muslimischer Gruppierungen in Kas-

Amir Anfang August ist es in Teilen des Landes zu gewaltsamen Protestkundgebungen und Ausschreitungen gekommen, in deren Verlauf mehrere Tote und Verletzte zu beklagen waren. Besonders betroffen war der nordwestliche Bundesstaat Gujarat, wo die radikale Hinduorganisation 'Vishwa Hindu Parishad' (VHP) zum Streik aufgerufen hatte. Im Verlauf der Unruhen kamen in Ahmedabad, Surat und Sabarkantha drei Menschen ums Leben, fünfzig weitere wurden verletzt. Die Polizei inhaftierte 100 Personen. Auch in Delhi blieben nach einem Streikaufruf der Regierungspartei BJP viele Geschäfte geschlossen.

Entführter Tourist tot

Ein seit dem 11. Juli in Kashmir vermißter deutscher Tourist ist ermordet aufgefunden worden. Die Leiche des 48-jährigen Mannes wurde von Mitarbeitern der deutschen Botschaft in Delhi identifiziert. Verschleppt wurde er in der Region Zaskar von muslimischen Untergrundkämpfern, die wahrscheinlich der 'Lashkar-e-Taiba' zugerechnet werden. Wahrscheinlich handelt es sich um dieselben Täter, die zuvor im Kloster Rangdum drei buddhistische Mönche erschossen hatten.

Bei einer Bombenexplosion im kashmirischen Srinagar Anfang August wurden zudem zwei ungarische Touristinnen verletzt. Auch im angrenzenden Bundesstaat Himachal Pradesh ist es in letzter Zeit häufiger zu Gewalttätigkeiten gegen Touristen gekommen. Ende August wurden dabei zwei spanische Touristen unter noch ungeklärten Umständen ermordet, einem weiteren Urlauber gelang verletzt die Flucht.

Bombenexplosion im Punjab

Insgesamt sieben Personen kamen ums Leben, 20 weitere wurden verletzt, als Ende Juli außerhalb der Stadt Julunder im Unionsstaat Punjab eine Bombe in einem vollbesetzten Bus explodierte. Bei der Suche nach den Tätern tappt die zuständige Polizei im Dunkeln. In den letzten Monaten ist es im Punjab, aber auch in der Hauptstadt Delhi immer wieder zu Bombenanschlägen gekommen, deren Urhebererschaft nach wie vor ungeklärt ist.

Teilprivatisierung der Air India

Die Privatisierung von Staatsbetrieben macht nach dem Willen der Regierung auch vor der prestigeträchtigen Fluggesellschaft 'Air India' nicht halt. So sollen 60 Prozent der Anteile aus staatlichem Besitz abgestoßen werden, wobei 40 Prozent an einen indischen strategischen Partner übertragen werden sollen.

Bei diesem darf der ausländische Anteil — so die Kompromißformel zwischen den politischen Lagern nicht mehr als 26 Prozent betragen.

Die Fluggesellschaft hat in den letzten Jahren vor allem durch einen vergleichsweise hohen Personalbestand erhebliche Verluste eingefahren. Dennoch dürfte der anstehende Börsengang für ausländische Carrier nicht uninteressant sein, verfügt Air India doch über eine große Bandbreite an noch nicht genutzten bilateralen Verkehrsrechten sowie mit Jet Airways über eine stark expandierende, national operierende Airlines. Unter den Interessenten soll sich auch die Lufthansa befinden.

Anklage gegen Thackeray verjährt

Die vor einem Gericht erhobene Anklage gegen den 'Shiv Sena'-Führer Bal Thackeray wegen seiner Hetzschriften, die den Ausschreitungen von 1992-93 in Mumbai vorausgegangen waren, ist erstinstanzlich wegen Verjährung aufgehoben worden. Ihm wird vorgeworfen, maßgeblich zu den Pogromen gegen die muslimische Bevölkerung Mumbais beigetragen zu haben, in deren Verlauf

Hunderte von Menschen den Tod fanden. Die Behörden hatten aus Furcht vor Ausschreitungen der Anhänger 'Shiv Senas', der 'Shiv Sainiks', ein ungeheures Polizeiaufgebot von mehreren zehntausend Mann zusammengezogen. Thackeray selbst hatte immer angekündigt, daß Indien brennen würde, sollte er verhaftet werden. Am Tag seiner Verhaftung blieb es jedoch bis auf einige Steinewerfer ruhig, einzig die 'Shiv Sena'-Abgeordneten im Parlament von Mumbai randalierten und zerstörten Mobiliar. Im Vorfeld hatte die 'Shiv Sena' als starker Koalitionspartner der BJP in der Unionsregierung versucht, die Anklage gegen ihren Führer abzuwenden und dabei auch vor dem Rücktritt ihrer Minister nicht haltgemacht.

Der Untersuchungsbericht des Richters B.N. Srikrishna benennt klar die Schuldigen der Unruhen von 1992-93. Glaubwürdige Zeugenaussagen belasten Thackeray, die Unruhen vorbereitet und durchgeführt zu haben. Bisher ist jedoch noch niemand der im sogenannten Srikrishna-Report beschuldigten Personen zur Verantwortung gezogen worden. Die treibende Kraft hinter den Bemühungen, Thackeray für seine Verbrechen haftbar



'Shiv-Sena' Anhänger in Mumbai, die die Freilassung von Thackeray feiern (Foto: 'Frontline')

zu machen, ist der stellvertretende Ministerpräsident Chhagan Bhujbal, bis vor zehn Jahren selbst Mitglied der 'Shiv Sena'. Vorgeworfen wird der vom 'Congress' geführten Landesregierung, daß sie den Fall nun nach so vielen Jahren aus rein taktischen Gründen aufgegriffen hat. Nach Aussagen der Regierung von Maharashtra möchte sich diese jedoch nicht mit dem Urteil aus erster Instanz zufrieden geben und betont, daß Verbrechen solchen Ausmaßes nicht verjähren könnten.

Monsun bringt Überschwemmungen

Nach Monaten extremer Trockenheit hat der Südwestmonsun in vielen Regionen des Landes den lange ersehnten Regen gebracht, vielerorts jedoch zu Überschwemmungen und Erdbeben geführt. Hunderte von Toten sind bisher zu beklagen, Tausende von Menschen in den Krisenregionen verloren ihre Bleibe. Besonders betroffen von den steigenden Wassermassen des Brahmaputra ist der Bundesstaat Assam, wo - vermutlich durch einen Dammbau in Tibet - eine Flutwelle über 100 Menschen in den Tod riß. Die Behörden haben die Regierung in Delhi aufgefordert, China wegen unterlassener Vorwarnung auf Schadensersatz zu verklagen. Durch anhaltend starke Regenfälle blieb die Situation in Assam bis Redaktionsschluß angespannt. Auch die Hauptstadt Guwahati war von den schweren Überschwemmungen betroffen.

Beim Abgang einer Schlammlawine am 13. Juli in einem Armenviertel Mumbais fanden über 50 Menschen den Tod. Bei den Betroffenen handelt es sich um die ärmsten Bewohner der Metropole, die auf einer Anhöhe Schutz vor den starken Regenfällen suchten.

Auch in Südindien richteten starke Regenfälle erhebliche Schäden an. In Andhra Pradesh - noch vor Wochen Krisengebiet aufgrund der extremen Dürre - starben im August über 100 Menschen in den Fluten; auch die Hauptstadt des Unionsstaates, Hyderabad, blieb nicht verschont. Hier richtete Ministerpräsident Chandrababu Naidu Vorwürfe an die zuständigen Meteorologen, welche aufgrund der Tiefdruckwetterlage im Golf von Bengalen keine ausreichenden Regenwarnungen ausgegeben hätten.

Bihar hingegen leidet zur Zeit unter Überschwemmungen und Dürre zugleich. Fast die Hälfte aller Distrikte des Landes ist hier von steigenden Wasserpegeln der Flüsse betroffen. Diese resultieren jedoch nicht aus Regenfällen, sondern in erster Linie aus Dammbauwerken im nördlich gelegenen Nepal. Der Monsun hat hier insgesamt

noch keine ausreichenden Niederschläge gebracht, so daß die Dürresituation in den meisten Distrikten nach wie vor kritisch ist.

Übergriffe gegen Christen - Kontroverse über Urheber

Die Welle gewalttätiger Übergriffe gegen Christen, insbesondere gegen Priester und Nonnen, sowie Anschläge gegen Kirchen haben sich auch in den letzten Monaten fortgesetzt. Um die offensichtlich in manchen Teilen der Gesellschaft bestehenden Vorurteile gegen Christen zu überwinden, haben die säkularen Kräfte des Landes nun einen nationalen Dialog eingefordert. Eine Schlüsselrolle soll nach dem Willen christlicher Verbände dabei die 'National Human Rights Commission' (NHRC) spielen.

Neben eindeutig kriminell begründeten Taten werden auch politische Motive hinter den Übergriffen vermutet. So werden von mancher Seite extremistische Gruppierungen der 'Sangh Parivar' für die begangenen Straftaten verantwortlich gemacht. Nach wie vor wird darüber spekuliert, inwieweit diese Übergriffe dabei auch von den Führern der radikalen Hinduorganisationen gebilligt werden. Auch die Regierungspartei BJP wird der 'Sangh Parivar' zugerechnet. In einer neuen Kampagne nun versucht die zentrale Organisation der 'Sangh Parivar', die 'Rashtriya Swayamsevak Sangh' (RSS), diese Vorwürfe von sich zu weisen und bezieht die Christen selbst der Taten. In der Juli-Ausgabe des RSS-Parteiorgans 'Observer' ist zu lesen, daß die momentane Gewaltwelle von der christlichen Gemeinschaft selbst lanciert worden sei, um sich selbst als Opfer darzustellen, Sympathien zu erwerben und somit die Missionierung voranzutreiben. Verantwortlich für den Artikel zeichnet ein ehemaliger Katholik, der bemerkt, daß "die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung von Konversionen eine lange Geschichte im Christentum" habe. Seiner Ansicht nach bestehe das Grundübel darin, daß die Christen ihre Religion als die einzig Wahre betrachten. Aufgrund dieser Einstellung dürften sie sich folglich auch nicht wundern, wenn ihre Anwesenheit von anderen Religionsgemeinschaften nicht erwünscht ist.

Da offenbar noch immer Unklarheit über die Hintergründe der Sprengstoffanschläge auf Kirchen im Süden des Landes besteht, wird - wie so häufig in Indien - der pakistanische Geheimdienst 'Inter Services Intelligence' (ISI) als möglicher Drahtzieher genannt. Dieser beabsichtige, Indien zu destabilisieren und seine internationale Reputation zu schädigen.

Japans Premier zu Gast in Indien

Beim Besuch des japanischen Premierministers Ende August bekräftigten Yoshiro Mori und sein indischer Amtskollege A.B. Vajpayee ihre Absicht, die bilateralen Beziehungen auszubauen und eine indo-japanische Partnerschaft zu entwickeln. Neben diversen wirtschaftlichen Abkommen beschlossen sie dabei, einen Sicherheitsdialog - angesiedelt beim Verteidigungs- und Außenministerium - ins Leben zu rufen. Die ersten Treffen sollen Ende des Jahres beginnen. Auch der bilaterale Austausch auf höchster Ebene soll intensiviert werden. Mori lud unter anderem den indischen Präsidenten und Premierminister zu einem Gegenbesuch in Japan ein. Gleichzeitig soll eine Gruppe bestehend aus Persönlichkeiten beider Länder eingerichtet werden, um Ideen für eine langfristige Kooperation zwischen beiden Ländern zu entwickeln.

Getrübt wurde das Treffen durch die Unbeweglichkeit Indiens und Japans in Fragen des Atomteststoppabkommens (CTBT) bzw. der nach wie vor bestehenden Wirtschaftssanktionen. In einer Pressekonferenz teilte der indische Außenminister Jaswant Singh mit, daß man Japan unmißverständlich den indischen Standpunkt eines freiwilligen Atomtest-Moratoriums vermittelt habe. Würden Schlüsselstaaten wie die USA dem CTBT neues Leben einhauchen, würde Indien bei der Unterzeichnung sicher nicht außen vor bleiben. Gleichzeitig wartete die indische Seite vergebens auf die unilaterale Ankündigung Japans, die seit den Nukleartests von Pokhran gegen Indien verhängten wirtschaftlichen Sanktionen aufzuheben. Mori deutete jedoch an, daß mit einer weiteren Lockerung zu rechnen sei; so würden zur Zeit u.a. Gelder für Projekte freigegeben, die bereits vor der Sanktionsverhängung in Vorbereitung gewesen seien.

Präsident der 'Andhra Evangelical Lutheran Church' (AELC) ermordet

Am Nachmittag des 29. Juli wurde der 1997 ins Präsidentenamt der größten lutherischen Kirche Indiens gewählte Right Reverend G. Emmanuel im Alter von 62 Jahren knapp 10 Monate vor dem geplanten Ruhestand auf dem Compound seines Amtssitzes in Guntur von drei jungen Männern mit Messern und Äxten ermordet. Hintergrund für die Bluttat scheinen Spannungen zwischen den Mala und Madiga: Nach jahrzehntelanger Präsidentschaft durch Angehörige der Mala Kaste stand mit Rev. Emmanuel erstmals wieder ein Madiga der lutherischen Kirche vor. In letzter Zeit waren innerkirchliche Streitigkeiten wegen der zunächst vorgesehenen Verpach-

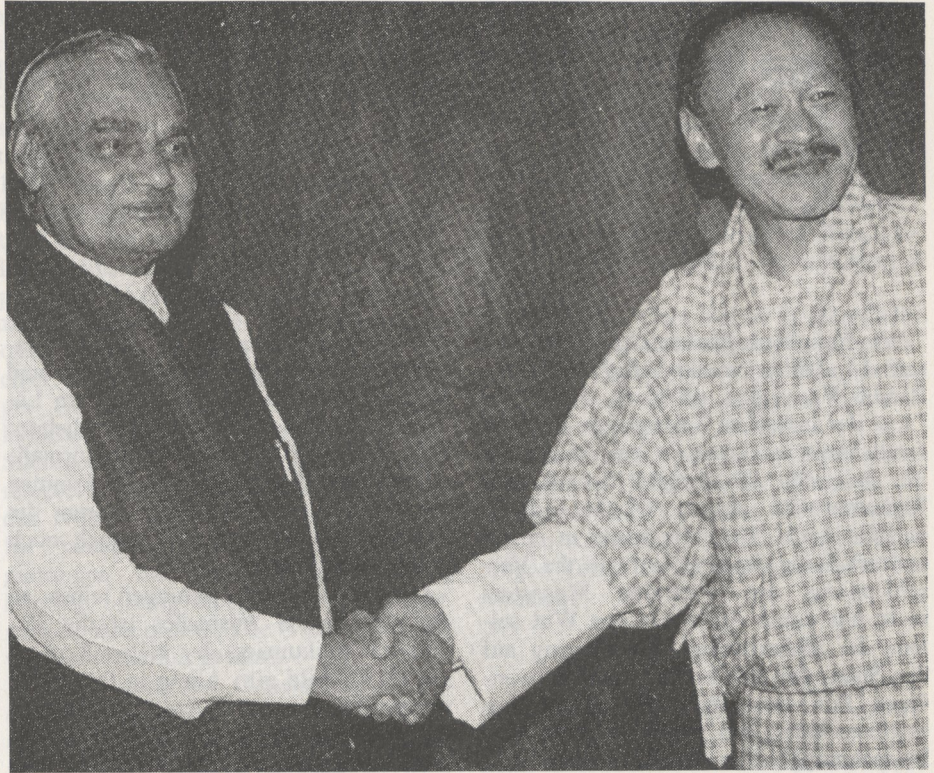
tion des Kugler-Hospitals und der schließlichen Zurücknahme der Übereinkunft entstanden. Als Drahtzieher des Mordanschlages werden gegnerische Kirchenvertreter vermutet.

Indien: Gefahr für kritische NGOs gebannt?

Gegen Ende letzten Jahres sah es so aus, als sei die neue hindu-nationalistische Regierung Indiens entschlossen, kritische Organisationen in ihrer Arbeit zu behindern. Einige unabhängige nicht-staatliche Organisationen (sog. NGOs), darunter bekannte Frauengruppen, hatten mit Zeitungsanzeigen die Politik der BJP-geführten Regierung zu Frauen kritisiert. Daraufhin hatte die Regierung diese Gruppen nicht mehr als gesellschaftliche oder in Entwicklungsprogrammen aktive Organisationen angesehen, sondern als Politisch klassifiziert - mit den weitreichenden Folgen, daß eine Registrierung als Partei erforderlich geworden wäre und insbesondere die in Indien zwingend erforderliche Genehmigung zum Empfang ausländischer Devisen (die sog. FCRA-Nr.) widerrufen worden wäre. Damit wären die Gruppen von ausländischer finanzieller Unterstützung für ihre Projekte abgeschnitten gewesen und hätten ihre Arbeit innerhalb kürzester Zeit einstellen müssen. Inzwischen scheint der lautstarke und koordinierte Protest dieser und anderer, nicht betroffener Organisationen Wirkung zu zeigen. Ein indischer Menschenrechtsaktivist meinte: "Von so viel Widerstand war die Regierung überrascht, und hat sich dann nicht getraut, ihre Drohungen umzusetzen." Noch keine der betroffenen Organisationen hat eine Schließung ihrer Auslandskonten hinnehmen müssen. Entgegen ersten Befürchtungen sind auch keine weiteren Gruppen in das Visier der Regierung geraten. Die unmittelbare Gefahr scheint damit vorerst gebannt zu sein. Allerdings gibt es nach Einschätzung indischer Experten auch keinen Grund, völlige Entwarnung zu geben: der Ton gegenüber den NGOs könne sich jederzeit wieder verschärfen, und der Staat besitze weitere Einflußmöglichkeiten, um NGOs in ihrer Arbeit zu behindern oder zu beschränken. Weitere Wachsamkeit der Zivilgesellschaft und der Medien sei also entscheidend.

Indisch-bhutanische Militäroperationen

Nach einem Beschluß des bhutanischen Parlaments gegen die auf seinem Territorium befindlichen Extremisten aus dem indischen Nordosten vorzugehen, steht einer gemeinsamen Militärfaktion der beiden Länder nichts mehr im Wege.



Premier Vajpayee mit Bhutans Außenminister Jigme (Foto: 'Frontline')

Nach Angaben der Nachrichtendienste sollen sich insgesamt zur Zeit rund 2.500 Untergrundkämpfer auf bhutanischem Gebiet aufhalten. Indien hatte Bhutan schon lange gedrängt, einer konzertierten Aktion zuzustimmen, um somit vor allem die von bhutanischem Gebiet operierenden Kämpfer der 'United Liberation Front of Assam' (ULFA) sowie Bodo- und Nagaextremisten bekämpfen zu können. Die vor zwei Jahren zu dieser Thematik aufgenommenen Verhandlungen hatten bis dato zu keinem greifbaren Ergebnis geführt. Unterdessen hat sich aber die Lage für die Regierung in Bhutan verändert und eine politische Destabilisierung des Landes ist nicht mehr auszuschließen. Nutzen die extremistischen Gruppierungen aus Indien Bhutan bisher lediglich als Rückzugs- oder Trainingsgebiet, werden ihnen nun Einmischungen in die inneren Angelegenheiten des Landes vorgeworfen. So sollen enge Verbindungen zur Untergrundorganisation 'Bhutan Peoples Party' (BPP) bestehen. Diese von nepali-stämmigen Bhutanern gegründete Organisation ist als Reaktion auf die Politik der Regierung zu sehen, zehntausende nepali-stämmiger Bhutaner als "Ausländer" zu brandmarken und sie des Landes zu verweisen. Diese leben nun in Flüchtlingslagern an der indisch-nepalischen Grenze. Nach Angaben des 'South Asian Human Rights Documentation Centre' (SAHRDC) muß die gegenwärtige innenpolitische Lage Bhutans als explosiv angesehen werden.

Die Ministerpräsidenten der vom Ter-

rorismus betroffenen nordöstlichen Bundesstaaten Indiens haben die Zentralregierung in Delhi aufgefordert, Bhutan bei der Terrorismusbekämpfung jede militärische und finanzielle Unterstützung zuteil werden zu lassen.